

Im August endet das dritte Kreditprogramm für Griechenland – aber die Krise ist noch längst nicht vorbei. Die Gläubiger haben bis weit in die Zukunft Auflagen festgeschrieben, die ökonomische und soziale Lage ist durch die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre verschärft worden, die Staatsschulden sind immer noch dramatisch hoch. Und auch wenn sich die wirtschaftliche Situation langsam bessert – die Herausforderungen bleiben groß, zumal für eine linke Regierung. Was ist seit dem ersten Kreditprogramm von 2010 passiert? Und was lässt sich daraus lernen?



Inhalt

Tom Strohschneider Über eine Ent-Täuschung und ein paar Lehren für Europas Linke	2
Vincent Körner Es ging niemals um die Rettung Griechenlands	4
i Privatisierung	4
Maria Oshana Was wir nicht sehen	5
Joachim Bischoff „Klar, dass wir nicht ins Jahr 2008 zurückwollen“	6
i Ökonomie	6
i Wachstumsstrategie	8
Vincent Körner Die Logik einer Hilfe, die keine war	9
i Armut	10
i Arbeitsmarkt	11
Aliki Kosyfologou Das Geschlecht der Austerität	11
Ska Keller Eine Zäsur für die EU	12
Christian Gengenbach und Stefan Herweg Ist linke Politik in der Eurozone möglich?	13
Gerhard Bosch Es muss deutlich nachkorrigiert werden	13
i SYRIZA	14
Axel Troost Kein Verrat, sondern verantwortliche Politik	14
Niels Kadritzke Ist das Streikrecht gefährdet?	15
i Streikrecht	15

Impressum

Info: Griechenland wird herausgegeben von der common verlagsgenossenschaft e.G. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, 030 2978-4678, kontakt@common.berlin

V.i.S.d.P.: Axel Troost. Redaktion: Tom Strohschneider. Layout und Produktion: Michael Pickardt. Druck: Eversfrank Berlin GmbH Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Info: Griechenland wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes

Exemplare von **Info: Griechenland** können über kontakt@common.berlin gegen Versandgebühr bestellt werden

Über eine Ent-Täuschung und ein paar Lehren für Europas Linke

Als Anfang 2015 eine linksgeführte Koalition in Athen die Regierung übernahm, rollte eine Welle von Hoffnung und Solidarität durch Europa. SYRIZA war praktisch über Nacht zu dem geworden, wovon Linke immer wieder gern träumen: Ausgangspunkt für einen Politikwechsel, Gegenmodell zum Europa der Austerität.

Oder doch nicht? Es dämmerte angesichts der unmittelbar eskalierenden Konflikte zwischen den Gläubigern und Athen vielen schnell, dass hier keine roten Teppiche für Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis ausgerollt worden waren. Der institutionelle Beton einer EU, die nach Berliner Kriterien konstruiert wurde und auf einem neoliberalen Fundament steht, ist hart – zumal dann, wenn die Hoffnung von einer kleinen linken Partei in einem ökonomisch und politisch als weniger bedeutend angesehenen Land getragen werden muss, weil größere linke Strömungen in als wichtiger geltenden Ländern gerade nichts zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa beitragen können.

Der Autor dieser Zeilen formulierte sechs Wochen nach Beginn des „Griechischen Frühlings“ im Jahr 2015: „SYRIZA wird Fehler machen, es wird Diskussionen geben und auch Niederlagen. Kompromisse werden nötig sein, die schmerzhaft sind.“ Und weiter: „Nein, das hier ist kein ›Schuldenstreit‹. Man wird nicht damit aufhören dürfen, den Kern der Auseinandersetzung freizulegen: Am Exempel Griechenland geht es um die Zukunft Europas – soll es eines der Menschen sein, oder eines des Kapitals. Auch wir haben die Wahl.“

Dreieinhalb Jahre später ist dieses Europa ein anderes, aber die Herausforderung ist im Grunde immer noch dieselbe. Wer über den Rechtsruck, die autoritären Tendenzen, die Radikalisierung der öffentlichen Debatte, die Sündenbockpolitik, die geschürte Ablehnung von Geflüchteten, das Erodieren der Solidarität reden will, kann über die ökonomischen Asymmetrien in Europa und weltweit, die politisch beförderte Ungleichheit zwischen Menschen, Ländern, Regionen, kann über das „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) im institutionellen Gebälk von Währungsunion und EU sowie im Denken vieler Regierungen nicht schweigen.

Der Fall Griechenland war nie nur ein solcher, sondern immer und vor allem ein Fall Europa. Das soll niemanden von Verantwortung freisprechen, die er trägt. Es soll nur klarmachen, dass diese Verantwortung auf SYRIZA abzuladen allenfalls zum Selbstpreispruch führen könnte, nicht zur Erkenntnis und schon gar nicht zum Besermachen. Wir haben in den vergangenen Jahren hier und da über das Dilemma einer Solidarität gesprochen, die zu mehr als zu Appellen kaum in der Lage war. Als

andere Mehrheiten am nötigsten waren, saßen die Vertreter Griechenlands allein in der Eurogruppe. Als es darum hätte gehen können, die Fackel von Athen auch in andere Länder zu tragen, weil nur veränderte Kräfteverhältnisse in Europa auch eine andere europäische Politik möglich machen, blieben Linke in den meisten Ländern weit unter ihren Möglichkeiten.

Nun heißt es unter anderem aus Frankreich, SYRIZA und Tsipras seien „das Synonym für Austerität“. Wer so spricht, mag seine internen politischen Beweggründe haben, aus der Erfahrung der vergangenen Jahre will er aber nichts lernen. Die Frage ist doch nicht, ob SYRIZA von ihren Wahlversprechen abgerückt ist und ob sie die viel und zu recht kritisierten Auflagen der Gläubiger akzeptiert hat. Das ist so, und man könnte klüger dadurch werden, dass man sich ansieht, welche bestehenden Spielräume nicht genutzt oder wo unterhalb des ungewollten Dachs der Spardiktate falsche Prioritäten gesetzt wurden.

Entscheidend aber ist die Frage, welche anderen Möglichkeiten es für SYRIZA gab und welche Folgen es gehabt hätte, einen anderen Weg einzuschlagen. Grexit? Ausstieg aus der EU? Wo stünde Griechenland heute – ein Land, das mit abgewerteter Währung nötige Importe nicht zahlen könnte, das noch tiefer in soziale Katastrophe rutschen würde, dessen zugrundereformierte Wirtschaft nicht viel zum Exportieren hätte, dessen Menschen zum ganz überwiegenden Teil zwar gegen die Krisenpolitik der Gläubiger sind, aber nie für einen Ausstieg aus dem Euro, aus der EU waren?

Wer vom Spielfeldrand aus auf die Entwicklung in Griechenland schaut, sollte sich die Antworten nicht zu leicht machen. Eine vielleicht noch größere Gefahr für progressive Kräfte aber wäre Desinteresse. Es hat sich mit Blick Griechenland auch unter Linken eine Haltung des Abwinkens ausgebreitet, die aus verständlicher Enttäuschung gespeist wird, die aber das Paradigmatische an dem Fall verkennt. Die europäische Politik gegen Griechenland, die als europäische Politik für Griechenland verkauft wurde, ist der Knoten, den progressive Kräfte lösen müssen, wenn sie – in ihren Ländern, in Europa insgesamt – über einen echten Kurswechsel nicht bloß reden, sondern auch in die Lage kommen wollen, diesen durchzusetzen. Was, wenn Jeremy Corbyn in Großbritannien die Wahlen gewinnt? Dann wird man sehen, wie wirksam die institutionelle Schwerkraft der EU-Regeln selbst noch für ein Land auf dem Weg in den Brexit ist. Vor allem, wenn dort jemand einen linken Kurswechsel anpackt.

Griechenland hat die Symptome einer falschen Politik kenntlich gemacht, so gesehen ist vor allem die Zeit seit

Regierungsantritt von SYRIZA eine der Ent-Täuschung in dem Sinne des Wortes gewesen: Die Bewertung der Möglichkeiten für progressive Politik, die Auswahl von Strategien, die Vorbereitung auf Herausforderungen unter den gegebenen Verhältnissen wird heute anders ausfallen, weil man sich nicht mehr über die tatsächliche Länge der politischen Hebel in einem Land täuscht. Dies geht nur, wenn man sich nicht mit einfachen Schuldzuweisungen aus der Affäre zieht. „Überwinden heißt verstanden haben“, hat der italienische Marxist Antonio Labriola einmal gesagt. Das ist furchtbar lange her, stimmt aber immer noch: gerade auch in Sachen Griechenland.

SYRIZAs Aufstieg war ein Produkt des Unmuts und des Widerstandes gegen die Auflagen der Gläubiger, die Athen immer neue Kredite aufzwingen, damit alte Verbindlichkeiten bezahlt werden konnten. Heute wird, und es gibt Gründe dafür, gegen SYRIZA demonstriert, weil das Versprechen, es könnte einen einfachen Ausweg geben, nicht eingehalten wurde. Der Sprung aus den real existierenden Verhältnissen – er wird immer eine Fiktion bleiben, sicher auch ein Treiber von Hoffnung sein, aber letzten Endes doch eine gefährliche Sache, weil mit dem Traum vom erlösenden Sprung auch der Frust über sein Misslingen gleichsam mitproduziert wird.

Das ist keine Aufforderung, nicht trotzdem immer wieder Anlauf zu nehmen. Gerade auch aufgrund der Erfahrung aus acht Jahren europäischer Krisenpolitik gegen Griechenland.

Erstens, die ökonomische Seite: Die schon immer falsche Behauptung, man könne eine Ökonomie damit wieder auf die Beine bringen, indem man einer Gesellschaft bleischwere Fesseln der Austerität anlegt, wird inzwischen selbst von früheren Befürwortern kritisiert. Nun ginge es darum, dies zur Grundlage europäischer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu machen. Dazu sind radikale Reformen in der EU nötig, jeder Schritt in diese Richtung ist wichtig und wird denen, die sie fordern, nicht in den Schoß fallen. Zumal angesichts der aktuellen EU-Krise.

Zweitens, die demokratiepolitische Seite: Die EU und in dieser vor allem Berlin haben sich angemaßt, Wahlentscheidungen in Griechenland über die Auflagen der „Anpassungsprogramme“ und die offene Drohung mit dem Rauswurf praktisch auszuhebeln. Damit kommen sie nicht mehr so leicht durch, wie man nach den Wahlen in Italien sehen konnte. Aber lag das nur an der relativen ökonomischen Bedeutung des Landes? Gerade in Zeiten, in denen der nationalistische Rückzug als Alternative angepriesen wird, ist die Demokratisierung Europas, die Europäisierung der Demokratie dringend – auch

das eine Herausforderung, die nicht in einem Land oder von einer Partei zu bewerkstelligen sein wird.

Drittens, die Frage der Solidarität. In Griechenland und in vielen anderen Ländern sind Netzwerke der Kooperation entstanden, deren gemeinsamer Geist darin besteht, das gesellschaftliche Interesse vor das private Streben nach Profit zu stellen, neue Formen der Zusammenarbeit und des Produzierens zu praktizieren. Man wird nicht darauf setzen können, dass das allein reicht. Aber ohne diese gelebte Solidarität bleibt auch das Reden über transnationale Politik bloß leere Phrase.

Viertens und lange noch nicht der letzte Punkt: Das Beispiel Griechenland kann dabei helfen, progressive Politik wieder zu einer klügeren, differenzierteren Bearbeitung von gesellschaftlichen Widersprüchen zu machen, die ja nicht schon deshalb verschwinden, dass man sie einfach ignoriert oder mit lauten Parolen über sie hinwegredet. Die Wirklichkeit entspricht nicht einer einfachen Figurenaufstellungen auf dem Schachbrett der politischen Konflikte. Die Guten da, die Bösen hier?

Es ist komplizierter. Eine wirksame progressive Wende in Griechenland scheiterte zum Beispiel nicht nur an der EU, dem Internationalen Währungsfonds oder den Gläubigern und ihren neoliberalen Bauchrednern in den Medien, sondern auch an Korruption, Steuerflucht, einer teils unfähigen Bürokratie, mangelhaften öffentlichen Strukturen sowie klientelistischen Traditionen, die zu sozialen Asymmetrien und ökonomischen Disproportionalitäten geführt haben. Diese Herausforderung – eine grundlegende Reform des Staates – fand bei linken Beobachtern nicht so viel Berücksichtigung, wie es sinnvoll gewesen wäre. Eine wirksame progressive Wende in Griechenland scheiterte auch daran, dass in anderen Ländern die Linken zu schwach blieben, um die Kräfteverhältnisse in Europa zu verschieben und den neoliberalen Beton in den Regeln und Strukturen der EU aufzubrechen.

Und ist nun alles verloren? Keineswegs. Vielleicht versuchen wir es mit etwas mehr dialektischer Gelassenheit. Klar, es ist nicht einfach, die zu bewahren, wenn die Gründe für Veränderung so dringlich sind und die Hürden, diese zu erreichen, so unüberwindlich hoch erscheinen. Es wird dauern, es wird wieder Fehler geben, neue Debatten, falsche Kursentscheidungen. Aber ist die radikale Pose ohne Wirkung denn wirklich besser, oder die völlige Anpassung mit falscher Wirkung? Griechenland kann auch lehren, sich Zweifel zu erlauben, den Mut zum Bekenntnis eigener Schwäche, nicht immer schon endgültige, richtige Antworten parat zu haben.

Tom Strohschneider arbeitet unter anderem für die linke Wirtschaftszeitung „OXI“.

Es hat sich mit Blick auf Griechenland auch unter Linken eine Haltung des Abwinkens ausgebreitet, die aus verständlicher Enttäuschung gespeist wird, die aber das Paradigmatische an dem Fall verkennt.

ANZEIGE

Solidarität im nd-Shop

Vio. Me-Seife

Die Vio.Me-Seife wird von ArbeiterInnen einer griechischen Fabrik produziert. »neues deutschland« vertreibt die Seife, um dieses selbstverwaltete Projekt aktiv zu unterstützen. Vio.Me-Seife wird auf natürlicher Basis in zwei Sorten hergestellt:

Grün »Classic«

Reines Olivenöl, Olivenkernöl, Kokosöl, Rizinusöl, Mandelöl

Rosa »Lavendel«

Reines Olivenöl, Olivenkernöl, Palmkernöl, Kokosöl, Rizinusöl, Mandelöl, ätherisches Lavendelöl



3,30 €
pro Stück

Mazi · Extra Virgin Olivenöl

Das kaltgepresste griechische Olivenöl der Kooperative Vassilis Bournas aus Daras in Messinia wirkt gleich mehrfach solidarisch, denn pro verkauftem Liter geht ein Euro an ein Solidaritätsprojekt in Griechenland.

Jetzt bestellen:

neues deutschland, Shop
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel. (030) 2978-1654, shop@nd-online.de



1 Liter 12 €
5 Liter 50 €

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

„Privatisierungen können dazu beitragen, die Wirtschaft effizienter zu gestalten und die Staatsverschuldung zu verringern“, heißt es im letzten Prüfungsbericht der europäischen Gläubiger vom Juni 2018. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Laut Zahlen des Bundesfinanzministeriums wurden aus der Veräußerung öffentlichen Besitzes in Griechenland in den Jahren 2011 bis 2017 insgesamt 5,1 Milliarden Euro Erlöst – nur ein Zehntel dessen, was als Zielmarke der Privatisierungen galt. Schon 2011, dem Jahr, in dem der Hellenic Republic Asset Development Fund – kurz: HRADF – als Privatisierungsagentur gegründet wurde, hatte die EU-Kommission von einem „Plan zur Privatisierung von Vermögenswerten in Höhe von 50 Milliarden Euro“ gesprochen. Die EU-Kommission geht für 2018 von Erlösen von bis zu rund 4,5 Milliarden Euro aus.

Nach Ansicht vieler Experten war schon länger klar, dass die Ziele nicht erreicht werden. Und nicht wenige Kritiker wiesen auch darauf hin, dass ein Kurs des Verkaufs öffentlichen Eigentums grundsätzlich in die falsche Richtung geht. So ergab eine Studie des Transnational Institute im Jahr 2016 „keinen Beleg dafür, dass privatisierte Firmen effizienter arbeiten“. In fast allen untersuchten Fällen seien „nur profitable Unternehmen zu unterbewerteten Preisen verkauft“ worden. Und dies hatte soziale Folgen: „Privatisierungen haben die Löhne untergraben, die Arbeitsbedingungen geschwächt und die Einkommensungleichheit vergrößert.“

Auch die Konstruktion bestimmter griechischer Privatisierungsprojekte stand in der Kritik: So erfolgte der Verkauf der gewinnbringenden Regionalflughäfen an die deutsche Fraport AG bei nur einem Bieter und unter zeitlichem Druck. Die Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte in einem Umfeld ökonomischer Depression „ist wie Räumungsverkauf“, heißt es in der Linkspartei. Dem griechischen Staat seien „sprudelnde Einnahmequellen abhanden“ gekommen, „die Gewinne für die neuen privaten oder staatlichen Eigner sind immens, die Verluste für den griechischen Staat ebenso – und auch für die griechische Bevölkerung“, konnte man in einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung lesen.

Es ging niemals um die Rettung Griechenlands

Als vor wenigen Wochen im Bundestag erneut über „Finanzhilfen zugunsten Griechenlands“ abgestimmt wurde, forderte der Linkspartei-Abgeordnete Fabio De Masi, es sei „Zeit, sich ehrlich zu machen! 95 Prozent der Griechenland-Kredite in Höhe von 274 Milliarden Euro flossen in den Schuldendienst, auch an deutsche und französische Banken, nicht an griechische Krankenschwestern oder Rentner.“

Wohin gingen also die Kredite, wem kamen sie zugute, wo entfalteten sie ihre hauptsächliche Wirkung? 2016 rechnete eine Studie der privaten Hochschule ESMT vor, dass „nur 9,7 Milliarden Euro und damit weniger als fünf Prozent“ aller Kredite aus den „Rettungsprogrammen“ im griechischen Haushalt landeten und somit irgendwie den Bürgern, der Infrastruktur, den Regierungsvorhaben „direkt zugute“ kommen konnten. ESMT-Präsident Jörg Rocholl, der bis heute dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium angehört, wurde damals mit den Worten zitiert: „Mit den Hilfspaketen wurden vor allem europäische Banken gerettet.“ Mit zu diesem Zeitpunkt 86,9 Milliarden Euro wurden „alte Schulden abgelöst, 52,3 Milliarden Euro gingen für Zinszahlungen drauf und 37,3 Milliarden Euro wurden für die Rekapitalisierung der griechischen Banken genutzt“. Die europäischen Steuerzahler hätten „die privaten Investoren herausgekauft“.

Bereits im Juli 2015, also auf dem Höhepunkt des Streits zwischen der SYRIZA-geführten Regierung und den Gläubigern, hatte Olivier Blanchard, der bis 2015 Chefökonom des IWF war, deutliche Kritik daran geäußert, dass „die Finanzhilfe für Griechenland... zur Bezahlung ausländischer Banken genutzt“ worden sei. Blanchard pochte allerdings darauf, dass die Kreditprogramme „nicht nur ausländischen Banken, sondern auch griechischen Einlegern und Haushalten zugute“ gekommen seien, „da ein Drittel der Schulden von griechischen Banken und anderen Finanzinstitutionen Griechenlands gehalten wurde“.

Ein paar Monate vorher hatte sich der griechische Ökonom Yanis Mouzakis die Geldflüsse genauer angesehen und für den damaligen Zeitpunkt festgestellt: 81,3 Milliarden Euro an Kreditzahlungen wurden für die Ablösung von Altschulden und 40,6 Milliarden Euro für Zinszahlungen verwandt. 48,2 Milliarden Euro flossen in die Bankenrettung und 34,6 Milliarden Euro in die Finanzierung des Schuldenschnitts von 2012. Für staatliche Ausgaben, wie Gehälter von Beamten oder Investitionen in die Infrastruktur, wurden nur rund 27 Milliarden Euro verwendet. Die „Zeit“ schrieb damals: „Das Klischee geht so: Die Rettungsmilliarden helfen Grie-

chenland vor allem dabei, Ärzte und Polizei zu bezahlen, einen aufgeblähten Staatsapparat am Leben zu erhalten und Rentnern einen schicken Lebensabend zu ermöglichen. Die Wahrheit ist: Athen steckt in diese Bereiche nur einen Bruchteil der Finanzhilfen.“

Damals lag eine Studie von Attac Österreich schon rund zwei Jahre vor, in der die globalisierungskritische Organisation bereits zu demselben Ergebnissen auch schon gekommen war: Ein großer Teil der „Hilfskredite“ floss in den Finanzsektor, um die Folgen privater Spekulation zu sozialisieren. Das Ziel sei „nicht die Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern die Rettung des Finanzsektors“ gewesen, so damals Lisa Mittendrein von Attac. „Sie haben Hunderte Milliarden an öffentlichen Geldern eingesetzt, um Banken und andere Finanzakteure und vor allem deren Eigentümer vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten.“

Die Attac-Zahlen wurden 2013 bekannt, aber auch damals konnte man eigentlich nicht behaupten, dass die Botschaft völlig neu war. Selbst aus unerwarteter Richtung war schon länger Klartext gesprochen worden, zum Beispiel von Hans-Werner Sinn in einer TV-Runde im Januar 2012. Der Ökonom verwies auf das seiner Meinung nach bestehende „Grundproblem“, sprach sogar ausdrücklich von einem „harten Verteilungskampf“: Die Finanzmärkte würden angesichts toxischer Staatsanleihen „Druck machen und in Richtung der Notenbanken sagen, ihr müsst jetzt Geld drucken und die Zentralbank soll die toxischen Papiere kaufen, damit die Steuerzahler Europas die Lasten übernehmen“, und, auch das sagte der Ökonom klar und deutlich, „die jetzigen Vermögensbesitzer da fein rauskommen“.

In der Sendung saß als Gesprächspartner auch der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen. „Wir sollten uns mal keine Illusionen machen, worum es bei der Griechenland-Rettung wirklich geht“, sagte der Sozialdemokrat: „Der Begriff ist vollkommen falsch, es ging niemals um die Rettung Griechenlands, es ging immer um die Rettung bestimmter europäischer Banken. Bis auf den heutigen Tag.“

Vincent Körner ist Autor unter anderem für die Common Verlagsgenossenschaft.



Was wir nicht sehen

Fernab von den touristischen Zentren und den Hauptstädten der Proteste gegen Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen und Steuererhöhungen kämpfen die Menschen auf dem Land stiller und weitgehend unbemerkt mit den Auswirkungen der Sparpolitik in Griechenland. In manchen Gegenden liegt die Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit bei 75 Prozent, wie in Aitolokarnania im Westen des Landes. Wer kann, sucht woanders nach Arbeit. In größeren Städten oder gleich im europäischen Ausland. Junge Menschen sind hier kaum noch zu sehen – sie kommen nur zurück, um die Eltern und Großeltern zu besuchen.

Zum Beispiel das kleine Mädchen in Katohi, einer Ortschaft mit 3.000 EinwohnerInnen. Der Fotograf **Dimitris Michalakis** will zeigen, was wir in den Medien nicht sehen. Seine Fotoreise führt ihn an Orte fernab der Medienberichterstattung, in die ländlichen Regionen, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, dorthin, wo Perspektivlosigkeit und Scham zusammentreffen.

Von seiner ersten Reise, die ihn nach Mazedonien und Thraki geführt hat, berichtet Dimitris Michalakis über die Begegnungen: „Es ist nicht leicht, an die Menschen heranzukommen. Manchmal musste ich zwei-, dreimal zurückkommen, bis die Leute bereit waren, mit mir zu sprechen, Vertrauen gefasst hatten. Viele möchten nicht fotografiert werden, obwohl sie mir vertrauen. Es fällt den Leuten schwer, ihre Armut und Arbeitslosigkeit offen zuzugeben. Sie empfinden Scham und fühlen sich schuldig an ihrer Situation.“

Auf dem Titel dieses **Info: Griechenland** ist die 62-jährige Eleni (Seite 1 oben) zu sehen, die mit ihrem Mann in Dion lebt, einem kleinen Dorf an der Nordseite des Achelos Flusses. Hier leben die Menschen von der Fischerei. Im Sommer verwandelt sich die ansonsten ruhige Gegend in ein Wassersportparadies. Dann treffen am Fluss zwei Welten aufeinander: jene, in der sich die Menschen Wassersport und Urlaub leisten können, und jene, in der ihnen der Fluss das Überleben in einer ansonsten ressourcenarmen Gegend sichern muss.

Savvas (Seite 1 unten), lebt mit seiner Frau und drei Kindern in Xanthi, einer Stadt mit knapp 70.000 EinwohnerInnen im Nord-osten Griechenlands. Seit viele Fabriken in der Region schließen mussten, haben 42 Prozent der lokalen Bevölkerung ihre Arbeit verloren. Savvas hat Glück – er hat seine Arbeit als Lastwagenfahrer in einer Milchfabrik noch nicht verloren.

Die Texte zu den Fotos auf dieser und den nächsten Seiten sind von **Maria Oshana**, sie ist Leiterin des Athener Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Primärüberschuss

Die positive Differenz zwischen den Einnahmen des Staates und den Ausgaben ohne Zinslasten wird als Primärüberschuss bezeichnet. Um die Staatsschulden konstant zu halten oder zu senken, ist ein Primärüberschuss erforderlich, der mindestens den Zinsausgaben entspricht. Ist der Primärüberschuss größer als die Zinsausgaben, kann die Differenz zum Abbau von Verbindlichkeiten genutzt werden.

Bruttofinanzierungsbedarf

Mit dem Bruttofinanzierungsbedarf (gross financing needs) wird dargestellt, wieviel Geld ein Land braucht, um Zinsen, Schuldentilgung und das Haushaltsdefizit zu bezahlen. Der Wert wird als Verhältnis zur Wirtschaftsleistung angegeben, er beträgt dann zum Beispiel 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Schuldentragfähigkeit

Gläubiger Griechenlands wie der IWF operieren mit Analysen der Schuldentragfähigkeit, wobei die Prognosen den aktuellen Schuldenstand, den anzusetzenden Zinssatz und die erwarteten künftigen Primärüberschüsse einbeziehen. Es wird die Regel verfolgt, dass der Gegenwartswert der erwarteten Primärüberschüsse den aktuellen Schuldenstand übersteigen muss, wenn die öffentlichen Schulden tragfähig sein sollen. Ist das nicht der Fall, werden Einnahmeerhöhungen oder Ausgabekürzungen verlangt – so genannte Anpassungsmaßnahmen.

Innere Abwertung

Haben Staaten eine eigene Währung, können sie versuchen, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Volkswirtschaften durch Abwertung des nominalen Wechselkurses zu verbessern. Innerhalb einer Währungsunion geht das nicht, hier kann über „Innere Abwertung“ aber derselbe Effekt erzielt werden: Durch Maßnahmen zur Absenkung von Preisen und Löhnen relativ zum Preisniveau anderer Länder werden Produkte und Dienstleistungen eines Landes im internationalen Vergleich billiger.

„Klar, dass wir nicht ins Jahr 2008 zurückwollen“

Nach Beendigung der letzten Verhandlungsrunde zwischen den europäischen Gläubigern und der griechischen Regierung im Juni steht fest: Das dritte Kreditprogramm für Griechenland endet im August. Der politische Wermutstropfen für die von SYRIZA geführte Linksregierung: Im Rahmen eines Überwachungsmechanismus wird weiterhin kontrolliert, ob sich Griechenland an den Reform- und Sparkurs hält. Mit Schuldenerleichterungen soll sichergestellt werden, dass der griechische Bruttofinanzierungsbedarf mittelfristig unter 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich und danach unter 20 Prozent bleibt. Das Land soll auf diese Weise in die Lage versetzt werden, seine Schulden jederzeit bedienen zu können.

Die Berechnungen basieren darauf, dass Griechenland bis 2022 einen Primärüberschuss von 3,5 Prozent des BIP und danach bis 2060 im Durchschnitt von 2,2 Prozent erreicht. Die Eurogruppe hat sich verpflichtet, zum Ende der Stundungsperiode im Jahr 2032 auf Basis einer Analyse der Schuldentragfähigkeit zu prüfen, ob zusätzliche Schuldenerleichterungen nötig sind. Nach wie vor bestreiten viele Kritiker dieser Konzeption, darunter der Internationale Währungsfonds oder der frühere Finanzminister Yanis Varoufakis, dass Griechenland über einen so langen Zeitraum einen solchen Primärüberschuss erwirtschaften kann.

Der Internationale Währungsfonds IWF wird zwar an der wirtschaftspolitischen Überwachung Griechenlands beteiligt bleiben, er wird sich aber nicht mehr finanziell engagieren. Die 2017 „im Grundsatz“ genehmigte Kreditlinie wird nicht aktiviert. Der Währungsfonds hatte in den letzten Monaten auf mehr Schuldenerleichterungen gedrängt, als vor allem Deutschland zu gewähren bereit war. IWF-Chefin Christine Lagarde unterstrich, man sei angesichts der nun beschlossenen Maßnahmen zwar zuversichtlich bezüglich der mittelfristigen Tragfähigkeit der griechischen Schulden – in der sehr langen Frist habe man aber Vorbehalte.

Der griechische Finanzminister Efklydis Tsakalotos weist zu Recht auf die massiven gesellschaftlich-sozialen Folgen der unter dem Druck der Finanzgeber – also der so genannten Troika – erzwungenen „innere Abwertung“. Als Mitglied der Währungsunion ist Athen die Möglichkeit einer Währungsabwertung versperrt, mit der die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessert werden könnte. Die von den Vorreitern einer harten Austeritätspolitik in Europa ausgegebene Strategie, mit der Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit entwickeln sollte, lautete: Löhne senken und Kaufkraft reduzieren.

Diese Lösung ist Wahnsinn. Sie führte direkt zu einer gesellschaftlichen Verwüstung. Heute sagt sich leicht: Die Verarmung der Schwächsten kann nicht das europäische Ziel sein. Die gute Lösung wäre eine mutige Lösung gewesen: Die stärksten Mitgliedsstaaten, mit Deutschland an der Spitze, investieren mehr, um das Wachstum zu unterstützen, und schaffen Haushaltsressourcen, um Innovationen und Investitionen in der Eurozone zu fördern – im Dienste des Wohlstands aller. Diesen Weg durchzusetzen, gab es aber in der Vergangenheit keine politischen Mehrheiten.

Wenn nun in Brüssel und Berlin von einem „erfolgreichen Abschluss“ des Kreditprogramms die Rede ist, sollte auch die Sichtweise von Tsakalotos nicht unterschlagen werden: „Wir sind die einzige Gesellschaft, die in Friedenszeiten 25 Prozent ihrer Wirtschaftskraft verloren hat. Wie kann das ein Erfolg sein?“, fragte der Finanzminister in einem Interview. „Letztlich haben wir als Regierung versucht, Reformen umzusetzen und die Gesellschaft dafür zu gewinnen. Aber es wäre anmaßend, hier von einem Erfolg zu sprechen, angesichts des Elends und der humanitären Krise. Andererseits war seit der Parteigründung von SYRIZA klar, dass wir nicht ins Jahr 2008 zurückwollen. Und das ist auch der Kern unserer Wachstumsstrategie. Ein Rückschritt wäre das Letzte, das wir möchten.“

Griechenland hatte die weltweite Wirtschaftskrise von 2008ff. mit voller Kraft abbekommen. Und warum? Weil sich hinter der Fassade des „ordentlichen Regierens“ in den vorangegangenen Jahren in vielen Teilbereichen der Gesellschaft enorme wirtschaftlich-soziale Fehlentwicklungen ausgebreitet hatten: signifikante makroökonomische und soziale Ungleichgewichte, die durch Schuldenaufnahmen überdeckt worden waren.

Kredite und Haushaltsüberschüsse allein reichen nicht, um eine solche Krise zu überwinden. Giannis Dragasakis, der Vizepremier der Linksregierung, konstatiert rückblickend: Es habe die Auffassung vorgeherrscht, mit günstigem Geld, mit Krediten, hätte man den damaligen Wohlfahrtsstaat verteidigen können. „In Griechenland wurde das bis zum Exzess betrieben. Als das Land der Euro-Zone beigetreten ist, wurde versäumt, die Wirtschaft stärker auf die Produktion und den Export auszurichten“, so Dragasakis.

Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Giorgos A. Papandreou hatte im Mai 2010, als das erste Kreditprogramm startete, die griechische Mythologie beschworen, um den Ernst der Lage zu illustrieren. Griechenland stehe am Beginn einer neuen „Odyssee“, die es aber bestehen werde: „Wir kennen den Weg nach



Ithaka.“ Dieser Hinweis auf die Irrfahrt des Odysseus bedeutete nichts Gutes.

Nach dem Sieg über Troja, dem zehn Jahre Krieg vorangegangen waren, begab Odysseus sich mit seinen zwölf Schiffen auf die Heimreise. Odysseus und seine Mannschaft hatten auf ihrer Reise zahlreiche Abenteuer zu bestehen und Unglücksschläge zu erleiden. Für einige waren sie selbst verantwortlich, andere hatten sie der Feindseligkeit namentlich des Meeresherrn Poseidon zu verdanken. Erst nach zehnjähriger Irrfahrt kehrte Odysseus nach Verlust aller Begleiter allein nach Ithaka zurück.

Papandreou führte das Land nicht nach Ithaka, er verschwand wenig später samt der sozialdemokratischen Partei Pasok von der politischen Bühne. Neuwahlen brachten den Konservativen Andonis Samaras von der Nea Dimokratia ins Ministerpräsidentenamt, aber die

soziale und ökonomische Irrfahrt ging weiter. Als das linke Bündnis SYRIZA dann Anfang 2015 die Aufgabe übernahm, in Regierungsverantwortung Wirtschaft und Staat zu reformieren, bestanden alle Herausforderungen immer noch: der Kampf gegen die Oberschicht, gegen den Klientelismus, gegen die Korruption und die Steuerhinterziehung.

Statt von den Vielen massive Opfer abzuverlangen, sollte es andere Möglichkeiten geben. Die Vorstellung, dass „faule Griechen“ für die Krise verantwortlich sind und nicht die Machtverhältnisse und die Politik, war falsch. Sie führte dazu, dass die Eliten aus der Schusslinie verschwinden konnten. Das Land war von zwei Parteilagern regiert worden, die wie Machtkartelle funktionierten. Und Europas Politiker hatten weder den politischen Willen noch die Instrumente, um mit einer solchen Krise umzugehen. Griechenland wurde ►

Ptolemaida, Westmazedonien. Hier befindet sich das ehemals staatliche Energieunternehmen Public Power Corporation (PPC), das im Rahmen der „Rettungspakete“ privatisiert wurde. Die Gegend ist von jahrzehntelangem Braunkohleabbau gezeichnet. Aufgrund von Umweltverschmutzung, Bodenverlagerungen und Erdbeben wurden viele Dorfbewohner vertrieben oder umgesiedelt, haben gesundheitliche Probleme, die Krebsrate ist hoch. Seit der Privatisierung des Unternehmens sind die Löhne auf drei Euro in der Stunde gesunken, und viele haben ihre Arbeitsplätze verloren. In Westmazedonien belegt die Arbeitslosenquote mit 27,3 Prozent landesweit einen Spitzenplatz. Die wenigen übriggebliebenen Felder und Obstanbaugebiete werden heute weitgehend von Saisonarbeitern ohne Maschinen bearbeitet (siehe auch Seite 9).

Wachstumsstrategie

Wie soll es in Griechenland jetzt weitergehen? Premier Alexis Tsipras hat im Frühjahr ein Wachstumsprogramm präsentiert: „A Growth Strategy for the Future“ fasst auf 97 Seiten die wirtschafts- und finanzpolitischen Pläne der SYRIZA-geführten Regierung zusammen. Das Land könne sich nun neue Ziele setzen, um aus der mehrjährigen Krise herauszukommen, hofft Tsipras. Das soll den Anspruch unterstreichen, eine eigenständige Agenda ohne Gläubiger-Diktate zu verfolgen. Es geht dabei nicht zuletzt um eine Korrektur der sozialen und ökonomischen Folgen der Auflagen.

In der Strategie wird ein Wachstum angepeilt, das eine nachhaltige Haushaltspolitik ermöglicht, es sollen strukturelle Voraussetzungen für eine ökonomische Entwicklung geschaffen werden, die nicht von „Hilfsmaßnahmen“, äußeren Vorgaben oder Strohfeuerpolitik geprägt ist. Und es geht um die Gewährleistung eines fairen und inklusiven Wachstums, das nicht die ohnehin bestehende Ungleichheit zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit verstärkt.

SYRIZA will deshalb unter anderem sich öffnende fiskalische Spielräume „zur Senkung der Steuerlast und Erhöhung der Sozialausgaben“ nutzen, sie will dafür sorgen, dass „mehr und bessere Jobs“ geschaffen werden, der Mindestlohn soll mit den Erfordernissen einer Ökonomie steigen, welche auf wieder anziehende Binnennachfrage angewiesen ist. Es soll integrative Bildung sichergestellt, der Sozialschutz ausgeweitet sowie eine universelle und effektive Gesundheitsversorgung durchgesetzt werden.

„Die ganzheitliche Wachstumsstrategie zielt darauf ab, die Deindustrialisierung Griechenlands umzukehren“, heißt es in dem Papier. Dabei soll Wert auf eine „Konzentration auf innovative Schlüssel-sektoren mit hoher Wertschöpfung und die Entwicklung einer starken Kultur des sozial und ökologisch verantwortlichen Unternehmertums“ gelegt werden. Als wichtigste Branchen werden unter anderem Transport und Logistik, Energie, Kreislaufwirtschaft, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Pharmazie, Gesundheit und Umwelt, Tourismus und Kultur genannt. „Wir wollen aber auch den genossenschaftlichen und sozialen Sektor der Wirtschaft mobilisieren und den Wandel hin zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern unterstützen.“

zu einem Experiment, zur „Laborratte“ – so sieht es im Rückblick Dragasakis.

Griechenland hängt seit 2010 am Tropf der Allianz der europäischen Staaten samt Europäischer Zentralbank EZB, der EU-Kommission und des IWF. Etliche kritische Ökonomen und linke Politiker rieten der linksgeführten Regierung in Athen zu einem Kurs der Ablehnung der Memoranden, obwohl offensichtlich war, dass ohne die Kredite dieser Allianz, im Gegenzug zu Sanierungsmaßnahmen und gesellschaftliche Strukturreformen das Land, in einen Staatskonkurs gerutscht wäre. Ohne Aussicht auf weitere Kredite und Finanzdienstleistungen sollte das Land seine Strukturreformen umsetzen: Aber wie sollten Steuerreformen, die Beseitigung von Klientelismus und Korruption, der Aufbau eines modernen öffentlichen Sektors, eines solidarischen Gesundheitssystems und eine grundlegende Renovierung der sozialen Sicherheitssysteme so möglich sein? Die reformorientierte Mehrheit in SYRIZA lehnte einen solchen Kurs als sozial und politisch unverantwortlich ab. Dagegen verweisen linke Kritiker immer wieder darauf, dass SYRIZA seine Versprechen preisgegeben habe. Zugespielt wird der Partei und Alexis Tsipras vorgeworfen, die Systemfrage nicht gestellt zu haben.

In einer Gesellschaft, die bereits von einer sehr großen Schattenwirtschaft geprägt war, und in einem Staat, in dem der Klientelismus tief verwurzelt ist, hätte ein Grexit das soziale Chaos verschärft und die Korruption auf ein Niveau gebracht, das selbst Griechenland bisher noch nicht gekannt hatte. Dies wäre verbunden mit einer sozialen, humanitären Katastrophe.

„Diejenigen, die sich auf das revolutionäres Erbe berufen und die Parteiführung von SYRIZA so lauthals verdammen, weil sie“, wie damals zu Recht der kanadische Marxist Leo Panitch warnte, „nicht den Bruch gewählt haben, müssten eigentlich wissen, dass weder in Deutschland noch in Mittel- oder Nordeuropa in absehbarer Zeit für solch einen Bruch eine Aussicht besteht.“ Und der Politikwissenschaftler mahnte, „es wäre aber besser, wenn Möchtegern-Revolutionäre, die zum Bruch mit dem Kapitalismus beim schwächsten Kettenglied rufen, ihre Fähigkeiten zur Geltung bringen würden, um zumindest dort, wo sie zu Hause sind, das Gleichgewicht der Kräfte zu verschieben.“

Mittlerweile ist Griechenland wieder auf Wachstumskurs: Die Wirtschaft ist im ersten Quartal dank steigender Exporte deutlich gewachsen. Das BIP legte von Januar bis März 2018 im Vergleich zum Schlussquartal 2017 um 0,8 Prozent zu. Die Ökonomie wächst bereits seit fünf Quartalen ununterbrochen. Während die Warenexporte diesmal um 5,1 Prozent zulegten, nahm der Konsum um 0,1 Prozent zu.

Im Vergleich zum Auftakt des Vorjahres expandierte die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Monaten 2018 um 2,3 Prozent. Das stützt die optimistischen Prognosen der Industriestaaten-Organisation OECD. Diese

traut Griechenland 2018 ein Wachstum von 2,0 Prozent zu, das 2019 sogar auf 2,3 Prozent steigen soll.

Die SYRIZA-geführte Regierung hat die Einigung der Euroländer auf die Bedingungen für den Abschluss des dritten Kreditprogramms begrüßt. Nach acht Jahren Reformen und Entbehren unter den Auflagen der Gläubiger müssten die Griechen „die Veränderung nun in ihren Taschen spüren“, sagte Finanzminister Tsakalotos. Man selbst werde „niemals vergessen, was das griechische Volk in den vergangenen acht Jahren durchmachen musste“. Damit „sich das lohnt, müssen wir dafür sorgen“, dass nun die Bevölkerung „konkrete Ergebnisse sieht“. Griechenland habe alle Voraussetzungen erfüllt, gespart und zahlreiche Reformen in die Tat umgesetzt, so Regierungschef Tsipras. Er versprach eine Erhöhung des Mindestlohnes und Verbesserungen beim Sozialstaat, der wegen der Sparmaßnahmen vernachlässigt wurde.

Dabei wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob die von Alexis Tsipras vorgestellte Wachstumsstrategie umgesetzt werden kann. Das Land könne sich neue Ziele setzen, um aus der mehrjährigen Krise herauszukommen, hatte der Ministerpräsident im Mai in Athen angekündigt. Hellas werde wieder ein normales Land im Kapitalismus werden.

Die jetzt fixierte sanfte Landung – also die Beendigung des harten Aufsichts- und Auflagenprogramms der Troika – ermöglicht eine deutliche Normalisierung der Lage. Griechenland bleibt eine kapitalistische Gesellschaft unter der Kontrolle der Finanzmärkte. Das wird von Kritikern als zu wenig angesehen. Die Frage ist, was die durchsetzbaren Alternativen gewesen wären.

Für die Zukunft hängt viel davon ab, dass erstens die Konjunktur der Globalökonomie und Europas weiterhin einen günstigen Rahmen für die Rekonstruktion der griechischen Ökonomie bildet; dass es dem progressiven Lager sozialer Kräfte unter Führung von SYRIZA gelingt, den Rekonstruktions- und Transformationsprozess in Griechenland in der Gesellschaft zu verankern und dass es gelingt Mehrheiten, im politischen Raum zu sichern, um auch in der Etappe nach August, trotz härtere gesellschaftlicher Konflikte, das Land in Richtung einer Demokratisierung von Gesellschaft und Staat weiter auszubauen.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Sozialismus“. Von ihm ist unter anderem „Isch over? Griechenland und die Eurozone“ im Verlag VSA Hamburg erschienen (gemeinsam mit Björn Radke).



Die Logik einer Hilfe, die keine war

Im August endet das dritte Kreditprogramm für Griechenland. Die Logik der damit verbundenen „Anpassung“ lautete in etwa so: Vor allem mit drastischen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben lasse sich der Schuldenstand reduzieren und neue Wettbewerbsfähigkeit erreichen, die wiederum nötig ist, damit sich Athen selbstständig und nachhaltig finanzieren kann.

Entsprechend sahen die drei seit 2010 durchgesetzten Kreditprogramme aus: Sozialabbau, Deregulierung, Privatisierung. Im Prinzip wurde eine Krisenpolitik mit Berliner Drehbuch verordnet: Dort glauben wichtige Akteure bis heute, dass weniger Staat und mehr Markt eine Lösung für wirtschaftliche Schwäche sein könnten. Dass es gravierende strukturelle Probleme in Griechenland gab und bis heute gibt, soll hier keineswegs unterschlagen werden.

Ein Rückblick: Griechenland, seit 1981 Mitglied der Europäischen Union, hatte 2001 den Euro eingeführt. Ein Jahr vorher lag die Staatsverschuldung bei 104,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – jedenfalls offiziell. Das Land gab mehr Geld aus als es einnahm.

Die 2007 beginnende Finanzkrise verschärfte die Lage, nicht zuletzt, weil die konservative Regierung Kostas Karamanlis ein teures Bankenrettungsprogramm auflagen musste. Aber auch die Wirtschaft des Landes

brach ein: War das BIP noch 2006 um 5,7 Prozent und 2007 um 3,3 Prozent gewachsen, fiel Griechenland bald in eine Rezession, unter anderem wegen der schlechter werdenden Lage in den wichtigen Branchen Schifffahrt und Tourismus.

Der damalige EU-Währungskommissar Joaquín Almunia forderte „rigorose Maßnahmen, um die systematischen Budget-Entgleisungen zu beenden“. Brüssels Vorgabe hieß: Bis 2010 müsse die Defizitquote wieder unter drei Prozent gedrückt werden, also der die laufenden Einnahmen übersteigende Betrag der Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP. Doch die Krise konnte so nicht aufgehalten werden. Karamanlis ließ im September 2009 das Parlament auflösen und seine Nea Dimokratia verlor die im Oktober folgende Neuwahl gegen die sozialdemokratische Pasok.

Der neue Premier Georgios A. Papandreou musste dann die Daten zur Verschuldung noch nach oben korrigieren und weitere schlechte Wirtschaftsdaten bekanntgeben. Über die Gründe für die Korrekturen wurde viel diskutiert, von methodischen Mängeln beim Statistikamt ESYE war ebenso die Rede wie von politischer Einflussnahme. Das Land, so formulierte es damals die „Frankfurter Allgemeine“, sei auch „nur wegen geschöner Zahlen“ in den Euro aufgenommen worden. ▶

Feldarbeiter in Amyntaio, Westmazedonien. Gemeinsam mit der Journalistin Eleni Pangkalia erstellt Dimitris Michalakis ein fotografisches Archiv der sozialen Folgen der Krisenpolitik. Ihr Ziel ist es, sichtbar zu machen, was Zahlen nicht auszudrücken vermögen: ein erfahrbares zeitgeschichtliches Dokument. Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Athen geförderte Foto-Essay „Blackholes“ (Arbeitstitel) wird voraussichtlich Ende 2018 als interaktive Landkarte und in Zeitungsform erscheinen.

Armut

In Griechenland ist ein Drittel der Bevölkerung von Armut bedroht, berichtete die griechische Statistikbehörde ELSTAT Ende Juni 2018. 34,8 Prozent der Menschen leben unter Bedingungen deutlicher materieller Entbehrung, die mit sozialer Ausgrenzung einhergeht. Die Zahl der Betroffenen liegt bei 3,7 Millionen und ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht rückläufig – der negative Höhepunkt lag im Jahr 2012, damals waren 36 Prozent von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Ohne soziale Leistungen würde die Armutsbedrohung noch höher liegen: bei 50 Prozent. Dies zeigt die Bedeutung von solchen Transfers, die aber unter dem Druck der Gläubiger gekürzt wurden. So haben griechische Rentner in den vergangenen acht Jahren bis zu 60 Prozent ihrer Bezüge verloren. Ab Januar 2019 sollen die Altersbezüge laut Gläubiger-Auflagen erneut gekürzt werden – für einige Bezieher um bis zu 18 Prozent.

Laut dem unternehmensnahen Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ist Griechenland innerhalb Europas „größter Verlierer“ in Sachen Armut. Die soziale Entbehrung habe in den Jahren 2008 bis 2015 um mehr als 40 Prozent zugenommen. Der Autor der 2017 erschienenen Studie, Christoph Schröder, sagt: „Natürlich liegt das auch am Sparkurs und an den Auflagen der Geldgeber.“

Ein Indikator für Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient, der meist als Wert zwischen null und eins angegeben wird, wobei die Verteilung umso ungleicher ist, je höher er liegt. In Griechenland lag der Gini-Koeffizient 2008 laut der EU-Statistikbehörde Eurostat bei 0,33 Punkten – und 2017 ebenfalls. Das heißt aber nicht, dass die Ungleichheit unverändert blieb. Auch Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben wirken sich aus: „Die Staatsausgaben für Gesundheit, Behinderung, Kinder und Familie, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung gingen zwischen 2008 und 2014 von insgesamt 28,7 Milliarden Euro auf 20,4 Milliarden Euro zurück (minus 29 Prozent)“, so eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Dies habe zur Folge gehabt, „dass die Haushalte zusätzliche Teile ihres Einkommens für solche Dienstleistungen ausgeben mussten.“

Laut Eurostat vom Juli 2018 haben 64,4 Prozent der Griechen im Jahr 2016 keine Urlaubsreise unternommen – der höchste Wert in der EU (Durchschnitt 37,9). Zum Vergleich: In der Bundesrepublik lag der Anteil bei knapp 24,6 Prozent. 74,6 Prozent der Betroffenen in Griechenland gaben finanzielle Gründe an.

Die Finanzmärkte reagierten auf die Korrektur mit erheblichen Risikoauflagen, die öffentliche Finanzierung wurde immer schwieriger.

Athen brauchte Unterstützung. Die Regierungen in Paris und in Berlin „verlangten, dass Griechenland entweder die Kreditbedingungen“ akzeptiere „oder die Eurozone verlasse“, schrieb damals die „Zeit“. Die Regierung Papandreou beantragte im April 2010 offiziell Finanzhilfe. Nicht nur, dass Berlin vehement einen Austeritätskurs verfolgte – die Kanzlerin verzögerte auch den Start des Kreditprogramms und verschärfte so die Lage in Griechenland aus rein innenpolitischen Gründen: der damals anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wegen.

Anfang Mai 2010 wurde das erste Kreditprogramm geschnürt. Zwei weitere sollten folgen. Griechenland wurde „gerettet“, so die Losung. Was die Bilanz nach über acht Jahren angeht, spricht der Linkspartei-Politiker Fabio De Masi allerdings von „verheerenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen“. Die Bundesregierung selbst hat dafür Anfang Juli noch einmal Zahlenmaterial zusammengestellt – in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfaktion. Man kann die Malaise mit wenigen Kerndaten zeigen:

Die Staatsschuldenquote, die eigentlich per „Anpassung“ gedrückt werden sollte, ist von 2009 bis 2017 von 126,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 178,6 Prozent gestiegen. Die rund 289 Milliarden Euro an Kreditzahlungen, die Athen seit 2010 erhalten hat, flossen vor allem in den Schuldendienst, von 95 Prozent der „Hilfsgelder“ ist die Rede.

Die öffentliche Schuldenquote stieg aber auch deshalb an, weil die „Anpassung“ gravierend die griechische Ökonomie schwächte – die mit den Krediten verbundenen Auflagen setzten auf Austerität und die senkte die Nachfrage, ließ Investitionen einbrechen. Die privaten Bruttoanlageninvestitionen sanken von 35,8 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 14,4 Milliarden Euro im Jahr 2017; bei den öffentlichen Bruttoanlageninvestitionen war es ein Absturz von 13,6 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2017. Was das bedeutet? In der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Sektor wurde Substanz aufgezehrt.

Wie daraus eine selbsttragende ökonomische Entwicklung werden soll? Sicher, Athen konnte zuletzt sowohl ein leichtes Anziehen des Wirtschaftswachstums vermelden, auch der öffentliche Haushaltssaldo, also das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben, hat sich verbessert – weil teils mehr eingenommen und vor allem weniger ausgegeben wird. Aber mit welchen Folgen?

Die öffentlichen Ausgaben für den Gesundheitssektor sind von 16,2 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 8,6 Milliarden Euro im Jahr 2016 gesunken, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt nahm von 6,8 Prozent auf 4,9 Prozent ab. Die öffentlichen Bildungsausgaben nahmen von 9,8 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 7,5 Milliarden Euro

im Jahr 2016 ab. Das heißt – selbst wenn man einrechnet, dass tatsächliche Fehlausgaben gestrichen wurden – weniger Gesundheitsfürsorge und weniger öffentliche Bildung. Und hier haben wir noch nicht einmal angefangen über Einkommen, Renten, Erwerbslosigkeit, Armutsgefährdung oder den Anstieg der notleidenden Kredite zu sprechen, der auch ein Indikator für die anhaltende Krise ist: Deren Anteil explodierte förmlich von 12,6 Milliarden Euro 2009, was damals 7 Prozent des Bruttokreditbestands entsprach, auf 103,8 Milliarden Euro 2017 (45,6 Prozent).

Das Bundesfinanzministerium verteidigt den bisherigen Kurs der Krisenpolitik dennoch. Die aus Athen gemeldeten besseren Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung und zum Haushalt werden zum Beleg dafür gemacht, was „im Zuge der Programme“ erreicht wurde. Und in der Zukunft? Tragfähigkeitsanalysen der Schulden würden zeigen, „dass es Griechenland gelingen kann, seine Staatsverschuldung gemessen am BIP in den nächsten Jahren deutlich zu reduzieren. Dafür ist eine Fortführung des eingeschlagenen Reformkurses inklusive der von Griechenland entwickelten Wachstumsstrategie und eine Beibehaltung der nachhaltigen Haushaltspolitik notwendig.“

Fabio De Masi hält das mindestens für Schönfärberei: „Das Überschuldungsrisiko Griechenlands bleibt sehr hoch, nach Annahmen des Internationalen Währungsfonds weit über den Grenzwerten der Schuldentragfähigkeit. Die Nachprogrammüberwachung hält Griechenland nach Angaben der Bundesregierung für die nächsten 30 Jahre unter verstärkter Kontrolle der EU-Institutionen“, heißt es in einer Auswertung der Antwort des Bundesfinanzministeriums. Dabei ist vereinbart, dass diese Nachprogrammüberwachung, die wiederum mit harschen Auflagen einhergeht, bis zur Rückzahlung von 75 Prozent der Kredite andauert – das heißt, man muss damit rechnen, dass Athen noch etwa 30 Jahre auf dem Radar der Gläubiger bleibt.

Und das Ganze ist auch noch mit einer sehr wackeligen Prognose verbunden. „Die Schuldenanalyse von Berlin und Brüssel ist ein schlechter Witz, um ein absurdes Kürzungsprogramm zu rechtfertigen“, sagt De Masi. „Bereits 0,2 Prozent weniger Wachstum als unterstellt, führen zum Kollaps der Prognose.“ Es sei kaum denkbar, dass eine Volkswirtschaft über einen so langen Zeitraum permanente Haushaltüberschüssen vor Zinsen von 1,5 Prozent erreicht.

Vincent Körner

Das Geschlecht der Austerität

Die von 2010 bis heute ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der griechischen Finanz- und Staatsschuldenkrise hatten neben dem Verlust von Arbeitsplätzen auch den Abbau von Institutionen und Infrastruktureinrichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zur Folge.

Besonders krass treten die negativen Auswirkungen der Austeritätspolitik zu Lasten von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit und im Beschäftigungssystem zu Tage. Die Deregulierung der unbefristeten Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit haben die Stellung der Frauen in weit höherem Maße untergraben als diejenige der Männer.

Laut Daten der Griechischen Statistikbehörde belief sich im März 2018 die Arbeitslosenquote bei Männern auf 16,3 Prozent, während die Arbeitslosigkeit unter den erwerbsfähigen Frauen bei 25 Prozent lag. Die drastische Stellenreduzierung im Öffentlichen Sektor – in der Größenordnung von 26,5 Prozent – schränkt die beruflichen Perspektiven von Frauen, insbesondere der jüngeren, ebenfalls nachhaltig ein, da sich arbeitssuchende Frauen nunmehr verstärkt am privaten Arbeitsmarkt orientieren müssen, wo geschlechtsspezifische Diskriminierungen in größerer Häufigkeit auftreten.

Ins Fadenkreuz der verschiedenen Sparprogramme der letzten Jahre ist ebenfalls der Sozialstaat gerückt. Mit den einschneidenden Kürzungen der öffentlichen Ausgaben gingen institutionelle Veränderungen in allen Bereichen der sozialen Sicherheit und der Daseinsfürsorge einher, die auf die Schrumpfung des Sozialstaats schlechthin abzielten. Die Kosteneinsparungen hatten geschlechterspezifische Folgen. Die Reform des Rentensystems, die Rentenkürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters auch für Mütter umfasst, sowie die Verknüpfung der Sozialversicherung mit der Erwerbsbeteiligung, wirken sich äußerst negativ auf Frauen aus. Die Abhängigkeit der Sozialversicherung und des Zugangs zu den Leistungen des Gesundheitssystems von der Erwerbsarbeit hat zur Folge, dass arbeitslose oder in Teilzeitarbeit beschäftigte Frauen über keine Sozial- und Krankenversicherung mehr verfügen.

Nicht selten wird dadurch die reproduktive Gesundheit der Frauen in Mitleidenschaft gezogen oder bedroht. Die Weltbevölkerungskonferenz von 1994 hat diese als „Zustand des vollständigen seelischen, körperlichen und sozialen Wohlbefindens im Hinblick auf Sexualität und Fortpflanzung“ definiert. Der Fortschritt, der in den letzten Jahrzehnten in Griechenland in diesem Bereich und durch die Verankerung von Frauenrechten erzielt wurde, ist durch die Austeritätspolitik unterminiert worden.

Eine weitere Folge der durch Sparzwänge untergrabenen sozialen Infrastrukturen besteht darin, dass traditio-

nellere Geschlechterarrangements gestärkt werden und viele erwerbstätige Frauen ihrer Möglichkeiten beraubt wurden, ihr Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Und es zeigt sich ein oft weniger sichtbarer Aspekt der griechischen Sozialstaatskrise: der anhaltend hohe Anteil von unangemeldeter und unversicherter Arbeit insbesondere von Migrantinnen im häuslichen Bereich.

Unter dem Strich hat der in Griechenland weiterhin vorherrschende Zustand der Austerität und der damit verbundenen Politik sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene einschneidende Veränderungen herbeigeführt, die Geschlechterungleichheit begünstigen und Frauenrechte unter Druck setzen.

Es gibt aber auch eine unerwartet positive Entwicklung: die Zunahme der politischen Beteiligung von Frauen und Jugendlichen. Die kollektive Erfahrung des Widerstands gegen die Sparpolitik sowie der Aufbau solidarischer Strukturen haben zu einem bedeutenden Potenzial der Selbstorganisation und gesellschaftlichen Kooperation beigetragen – das nicht zuletzt von Frauen getragen wird.

Aliki Kosyfolougou ist Autorin der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Gendered Aspects of the Austerity Regime in Greece: 2010–2017“. Diese und acht weitere Länderstudien zu den Auswirkungen des Spardiktats in Europa auf Geschlechterverhältnisse können Sie unter www.rosalux.de nachlesen. Übersetzung aus dem Griechischen: Theo Votsos.

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland gehört zu den höchsten in Europa. Im Jahreschnitt 2017 lag die offizielle Quote bei 21,5 Prozent. 2010 lag sie noch bei 12,7 Prozent. Aktuellste von der Statistikbehörde Eurostat vorgelegte und innerhalb der EU vergleichbare Zahlen stammen vom Februar: Die Erwerbslosenquote ist demnach weiter auf 20,8 Prozent gesunken, rund 978.000 Griechen sind arbeitslos gemeldet. Die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahren) war mit 45,4 Prozent die höchste in Europa.

Der Anteil der Niedrigverdiener ist in Griechenland enorm gestiegen. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten im Privatsektor verdient nicht mehr als 700 Euro netto pro Monat. Im Jahr 2009, vor Ausbruch der Wirtschaftskrise, lag der Anteil nur bei rund 13 Prozent. Lediglich 17 Prozent der Beschäftigten verdienten 2017 bis zu 1.300 Euro. In der Privatwirtschaft lagen die Durchschnittsverdienste 2013 noch bei 1.113 Euro – schon 2016 waren es nur noch knapp 960 Euro. Laut Daten der Sozialversicherung EFKA erhielten rund 30 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor sogar nur 385 Euro brutto im Monat, nach Abzug der Sozialbeiträge blieben so weniger als die monatliche Erwerbslosenhilfe von 365 Euro.

Ein Grund: Über die Hälfte der 2017 neu unterzeichneten Arbeitsverträge waren Teilzeit- oder Schichtarbeitsverträge (54,9 Prozent) – 2009 lag der Anteil noch bei einem Fünftel, wie das Arbeitsinstitut des Griechischen Arbeitervereins GSEE vorrechnet. Hunderttausende Teilzeitbeschäftigte würden tatsächlich aber Vollzeitjobs machen, den staatlichen Kassen entgehen so höhere Sozialbeiträge.

Ein großes Problem für den Arbeitsmarkt ist die anhaltende Abwanderung von gut ausgebildeten Griechen. Laut Zahlen der deutschen Außenwirtschaftsagentur GTAI haben seit 2008 rund sieben Prozent aller Erwerbspersonen das Land verlassen – mehr als 450.000 Menschen zwischen 20 und 60 Jahren. Das hat rein rechnerisch die Ungleichheit verringert (weil vergleichsweise gut verdienende Personen überproportional wegziehen), stellt aber „in der Tat eine neue substantielle und wachsende Form der Ungleichheit“ dar, so die 2018 erschienene Studie „Crisis Management in Greece. The Shaping of New Economic and Social Balances“. Brain Drain sei „selbst eine Folge der großen Ungleichheiten in der heutigen griechischen Gesellschaft und eine Quelle künftiger langfristiger Ungleichheiten“.

Als Ende Januar 2015 SYRIZA die Wahlen in Griechenland gewann, waren mit der Regierungsübernahme in Athen auch anderswo in Europa viele Hoffnungen verbunden: Würde es gelingen, den bisherigen Krisenkurs zu korrigieren? Kann der SYRIZA-Wahlsieg das Signal eines Aufbruchs werden, der die Kräfteverhältnisse in der EU zu Gunsten solidarischer Lösungen verändert?

Nach der unter starkem politischen Druck zustande gekommenen Vereinbarung des dritten Kreditprogramms im Sommer 2015 drehte auch unter progressiven Kräften außerhalb Griechenlands teilweise der Wind: SYRIZA geriet in die Kritik, weil es die Auflagen der Gläubiger akzeptiert hatte. Heute hört man sogar den Vorwurf, die Linkspartei SYRIZA sei „das Synonym für Austerität“, wie es etwa aus der französischen Parti de Gauche heißt.

Die Debatte darüber, was man aus dem Fall Griechenland lernen kann und sollte, der in Wahrheit vor allem ein Fall der EU-Krisenpolitik ist, wird mit einfachen Antworten freilich nicht zu gewinnen sein. Dabei geht es nicht nur darum, welche Spielräume SYRIZA für alternative Optionen hatte und welche sie nutzte. Sondern auch und vor allem darum, an welchen europäischen Stellschrauben gedreht werden muss, damit nicht wieder Hoffnungen auf einen Kurswechsel in einem Land an Fehlkonstruktionen innerhalb der EU zerschellen.

Wir haben an dieser Stelle einige Experten aus dem progressiven Spektrum der deutschen Politik eingeladen, ihre Bilanz der griechischen Kreditprogramme und der Perspektiven der europäischen Politik zu diskutieren.

Eine Zäsur für die EU

Im August läuft das dritte Hilfsprogramm für Griechenland aus. Die EU hat sich während der Griechenlandrettung den unrühmlichen Ruf einer Spardiktatur erworben. Es gab dramatische Krisentreffen in Brüssel und eine Troika, die bar jeder demokratischen Kontrolle eine unbeugsame Austeritätspolitik durchgesetzt hat. Nach acht Jahren der Krise und voller Sparprogramme ist es an der Zeit, zum einen aufzuatmen und zum anderen, Lehren zu ziehen.

1. Sparen hilft nicht (immer)

Sparen ist zum Allheilmittel für Finanzkrisen geworden. Auch wenn es sicherlich richtig ist, dass Staaten für schlechte Zeiten vorsorgen sollten und eine massive Überschuldung irgendwann zu Problemen führt, so ist ein Staat eben kein Haushalt und Sparen nicht die richtige Antwort in vielen Problemlagen. Wenn Staaten zum Beispiel heute bei Bildung sparen, müssen sie morgen mehr ausgeben für die Unterstützung von Arbeitslosen ohne Schulabschluss. Wenn der Staat spart und die Haushalte auch, gibt niemand mehr Geld aus und die Wirtschaft kommt zum Erliegen. Wenn alle Staaten in der Eurozone sparen, dann gibt es auch keinen Staat mehr, der die Waren der anderen importieren kann. In Griechenland kam die Krise aufgrund hoher Militärausgaben, zu geringer Vermögenssteuern und einer ausgeprägten Schattenwirtschaft. Die richtige Antwort wäre gewesen, die Steuern auf hohe Einkommen zu erhöhen, zu sparen, und gleichzeitig in ein nachhaltiges Gesundheits- und Sozialsystem zu investieren und in eine effizientere Verwaltung, die Steuerschulden eintreibt und Steuerhinterziehung bekämpft.

2. Demokratische Kontrolle muss auch und erst recht in der Krise gelten

Es ist nicht demokratisch, wenn eine intransparente Eurogruppe oder eine Troika über das Wohl und Wehe eines Mitgliedslandes bestimmen. In der Eurogruppe wurde bis ins kleinste Detail über Privatisierungen, Steuern und darüber entschieden, dass nicht verschreibungspflichtige Medikamente auch in Supermärkten verkauft werden dürfen. Kein Gesetz konnte ohne Billigung der Troika erlassen werden. Und kein Parlament kontrolliert die Troika. Im Europäischen Parlament haben wir es geschafft, eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Sparprogramme einzurichten. Aber das reicht bei Weitem nicht. Wir wollen eine echte parlamentarische Kontrolle über die Eurozone mit einem EU-Finanzminister, der gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig ist und mit dem vollen Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments beim zukünftigen Europäischen Währungsfonds.

3. Wir müssen den Euro auf stabilere Füße stellen

Das ist sicherlich eine der wichtigsten Lehren aus der Krise der vergangenen Jahre. Aber noch ist viel zu wenig passiert. Die Bankenunion ist bisher unvollendet und es fehlt an automatischen Stabilisatoren für die Eurozone. Wir bräuchten dringend eine effektive Strategie gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa und einen Zukunftsfonds für Investitionen in Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Solange diese Aufgaben nicht erledigt sind, kann jederzeit eine neue Krise drohen. Bisher ist es allen voran Deutschland, das jegliche Reformbestrebung des EU-Parlaments und der Kommission blockiert. Es war längst überfällig, dass Angela Merkel jetzt wenigstens auf den Vorschlag des französischen Präsidenten Macron eingegangen ist und einen Haushalt für Investitionen in der Eurozone unterstützt, auch wenn er viel zu schwach ist, um die Eurozone wirklich zu stabilisieren.

4. Soziale Ziele müssen verbindlich werden

Für Staatsverschuldung gibt es klare Vorgaben, die nicht überschritten werden dürfen. Bei Verstoß drohen empfindliche Geldstrafen von bis zu 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die EU-Kommission überwacht die Einhaltung regelmäßig. Dagegen stehen die sozialen Rechte, wie Mindestsicherung, Bildung und Gesundheit, die zwar im Europäischen Semester erwähnt und in der Sozialen Säule verankert, aber eben nicht sanktionierbar sind. Soziale Rechte sind schön und nett, aber es sind die ökonomischen Kriterien alleine, die gelten. Das muss sich endlich ändern. Wir brauchen verbindliche soziale Ziele in der Europäischen Union. Dabei geht es nicht darum, überall denselben Mindestlohn einzuführen. Aber in jedem Land muss es eine verlässliche Mindestabsicherung im Fall von Arbeitslosigkeit und Alter geben, ebenso wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Und kein Sparziel der Welt darf über diesen fundamentalen Rechten stehen.

5. It's the Politics, stupid

Bei den Sparauflagen ging es (zum größten Teil) nicht um Logik oder um echte Lösungen. Es ging um deutsche Landtagswahlen, finnische Parlamentswahlen, Konservative, die den „Kommunisten“ in Athen keine Zugeständnisse machen wollten. Kurz: Es ging um Machtpolitik. Die EU ist nicht zum Spardiktat verdonnert. Mit progressiveren Mehrheiten im Europäischen Rat und in der Eurogruppe könnten wir statt eines rigorosen Spardiktats, das die Einkommen Hunderttausender einbrechen lässt, Programme aufsetzen, die wirklich helfen: mit einer gesunden Mischung aus Sparen, Mitteln für Investitionen und Reformen.

Ska Keller ist Europaabgeordnete der Grünen und gemeinsam mit Philippe Lamberts Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament.

Ist linke Politik in der Eurozone möglich?

Der erzwungene Kniefall SYRIZAs 2015 hat gezeigt, dass Opposition gegen die Regeln der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegen härteste Widerstände erkämpft werden muss. Trotz deutlicher Mehrheit der griechischen Bevölkerung im Referendum des 5. Juli 2015 gegen die Kürzungspolitik zwangen Eurogruppe, Europäische Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationaler Währungsfonds (IWF) Griechenland ein drittes Austeritätsprogramm auf. Zuvor hatte die EZB einen Sturm auf die Banken provoziert und gleichzeitig das griechische Bankensystem von der Liquiditätsversorgung abgeschnitten.

Auch Italien wurde im Mai im Zuge der schwierigen Regierungsbildung zwischen der rechten Lega und den Fünf-Sternen unter Druck gesetzt, um vor einem Abweichen von den unsinnigen Schuldenregeln abzuschrecken. Der Konflikt ist allerdings offener als im Fall Griechenlands, das nach Jahren der Krise und der Troika-Kontrolle weder über Liquidität noch eine handlungsfähige Verwaltung verfügte, um sich effektiv zu wehren. Selbst ein größerer Mitgliedsstaat, der die Unterwerfung unter EU-Regeln verweigert, wäre vor Destabilisierung von außen nicht gefeit. Zum einen würden allgemeine Unsicherheit und gezielte Panikmache staatliche Refinanzierungskosten durch steigende Anleiherenditen massiv erhöhen. Dies wäre für den Staat nicht unmittelbar existenzbedrohend, da die erhöhte Zinslast erst mit Verzögerung auf den Haushalt durchschlägt.

Weitaus verletzlicher wäre aber das nationale Bankensystem, wenn die EZB vor dem Hintergrund politischer Unsicherheit und steigender Renditen auf Staatsanleihen diese nicht mehr als notenbankfähige Sicherheit der Geschäftsbanken akzeptiert und letztere somit von der Versorgung mit Zentralbankgeld auf dem regulären Weg abschneiden würde.

Hierbei kommt auch den privaten Ratingagenturen eine zentrale Rolle zu, welche die EZB durch eine Abwertung der Anleihen zu diesem Schritt zwingen können. Ohne Unterstützung einer eigenen Zentralbank wäre eine somit ausgelöste Bankenkrise für die Staatsfinanzen schwer zu schultern und würde die einheimische Wirtschaft hart treffen.

Die Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedsstaat oder seines Bankensystem würde aber auch Schockwellen in den Rest der Währungsunion senden. Diese sind eine wirkmächtige Drohkulisse, um linke Politik auf dem Verhandlungsweg unter Umständen zu ermöglichen. Eine solche Taktik setzt allerdings voraus, auch auf ein Scheitern der Verhandlungen und ein (partielles) Ausscheiden aus der Währungsunion vorbereitet zu sein.

Die Regierung von Alexis Tsipras war hierzu laut dem ehemaligen Finanzminister Yanis Varoufakis nicht bereit. Ihr blieb überdies kaum Vorbereitungszeit und die Gegenseite brachte in Person des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble einen Grexit selbst ins Gespräch, da sie dessen negative Auswirkungen auf den Rest der Eurozone für verkraftbar hielt.

Ein größerer Mitgliedsstaat hat aufgrund der abschreckenden Wirkung einer möglichen finanziellen Kernschmelze stärkeres Verhandlungspotenzial. Die Herausforderungen sind dennoch enorm, für das politische Überleben einer linken Regierung und die Gesundheit der eigenen Ökonomie. Umso mehr vor dem Hintergrund, dass ein auch nur glaubhaft angedrohter Bruch mit der Währungsunion technisch

anspruchsvoller Vorbereitung zur Einführung eines parallelen Bezahlsystems sowie temporärer Kapitalverkehrskontrollen und möglicherweise Devisenrationierung bedürfte.

Dies müsste eine linke Regierung im Zweifelsfall gegen den mehr oder weniger offenen Widerstand der eigenen Eliten in Privatwirtschaft, aber auch öffentlicher Verwaltung organisieren. Ein solcher Plan B erfordert daher schon vor einer möglichen Regierungsübernahme gründlicher Vorbereitung. Dies ist Voraussetzung für eine realistische Strategie zur Durchsetzung linker Politik in der EU-Währungsunion und ihren Machtverhältnissen.

Christian Gengenbach und **Stefan Herweg** sind Ökonomen und wissenschaftliche Mitarbeiter des linken Bundestagsabgeordneten Fabio De Masi.

Es muss deutlich nachkorrigiert werden

Keine Frage: Das griechische Wirtschafts- und Sozialmodell vor der Eurokrise war nicht nachhaltig. Der Staatsapparat war durch die Klientel-Politik der vorherigen Regierungen aufgebläht und ineffizient. Steuerhinterziehung wurden in großem Maß geduldet. Die großzügigen Lohnerhöhungen nach Einführung des Euro bis 2008 waren nicht durch eine entsprechende Zunahme der Produktivität gedeckt.

So schmerzhaft diese Einsicht ist, ein Ausweg aus der Krise war nicht ohne interne Abwertung mit einer Absenkung der Löhne möglich. Der Anpassungsdruck auf Griechenland hätte allerdings durch stärkere Lohnerhöhung in den Ländern mit Exportüberschüssen beträchtlich gemildert werden können.

Zu einer solchen Lastenteilung in Europa ist es allerdings nicht gekommen. Griechenland wurde ein in seiner Dimension einzigartiges Sparpaket auferlegt. Die Prognosen der Institutionen über das Wirtschaftswachstum erwiesen sich alle als falsch. Das Bruttosozialprodukt und die Bruttolöhne sanken um fast 25 Prozent und die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich. Statt der von der Europäischen Kommission prognostizierten kleinen Delle, brach die Wirtschaft ein. Die Bereitschaft, aus diesen wiederholten Fehlprognosen zu lernen, war nicht zu erkennen.

Die Lohnsenkungen wurden durch die Kürzung des Mindestlohns und durch die Zerstörung des griechischen Tarifsystems erzwungen. Gegen den erklärten Willen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände durften Tarifverträge nicht mehr für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Tarifverträge galten nur noch für Mitglieder der Arbeitgeberverbände, die scharenweise aus der Tarifbindung flohen, da sie jetzt von Konkurrenten unterboten wurden. Zugleich konnte man die bestehenden Tarifverträge auf betrieblicher Ebene durch Vereinbarungen mit Beschäftigten, die nicht einer Gewerkschaft angehörten, aushebeln. Vor der Krise wurden noch über 80 Prozent nach Tarif bezahlt. Heute ist der Mindestlohn die „going rate“, also das übliche Niveau.

Eine sozial ausgewogenere Regelung mit einer Beibehaltung der Tarifbindung und einer einmaligen Absenkung der Löhne, höher bei den guten und geringer bei den niedrigen Einkommen, wurde von den Institutionen strikt abgelehnt. Zum Programm gehörten die dauerhafte Schwächung der Gewerkschaften und eine höhere Lohnungleichheit. ▶

SYRIZA

Die Ursprünge der heute in Griechenland regierenden Linkspartei SYRIZA liegen in den 1960er Jahren: Damals spaltete sich von der kommunistischen KKE ein „eurokommunistischer“ Flügel ab. Ende der 1980er Jahre bildete die daraus entstandene undogmatische „Griechische Linke“ zusammen mit kleineren Linksparteien eine Wahlkoalition: Synaspismos. Nach weiteren Veränderungen neu als Partei geformt, schaffte die „Koalition“ 1996 den Einzug ins Parlament, 2000 wurde erneut knapp die Drei-Prozent-Hürde überwunden.

Zur Parlamentswahl 2004 trat man erstmals als „Koalition der radikalen Linken“ an: SYRIZA. Die Gründungsparteien waren neben Synaspismos weitere linke, ökologische und bewegungsorientierte Parteien. Bei der Wahl 2004 erreichte man 3,3 Prozent. 2007 wurde SYRIZA in neuer Zusammensetzung wiederbelebt (Ergebnis: 5 Prozent). Es kamen unter anderem Linke aus der Pasok, aus linksradikalen Gruppen und die Ökosozialisten Griechenlands dazu. Bei den Wahlen 2009 erhielt SYRIZA 4,6 Prozent.

Seit 2008 ist Alexis Tsipras Vorsitzender, bei den Wahlen im Mai 2012 erreichte SYRIZA unter dem Eindruck der Krise 16,8 Prozent und wurde zweitstärkste Kraft. Weil die Regierungsbildung scheiterte, folgten Neuwahlen im Juni 2012 – bei denen SYRIZA 26,9 Prozent erreichte. Aus der nächsten Wahl vom Januar 2015 ging SYRIZA mit 36,3 Prozent als Sieger hervor und bildete die Regierung.

Innerhalb von SYRIZA wurden die Differenzen um den Kurs in der Krisenpolitik allerdings nach der Regierungsübernahme größer. Im August 2015 spaltete sich die Laiki Enotita („Volkseinheit“) um den früheren Minister Panagiotis Lafazanis ab, die einen Grexit befürwortete. Bei der vorgezogenen Neuwahl im September 2015 scheiterte Laiki Enotita an der Drei-Prozent-Hürde. Daran würde sich laut jüngerer Umfragen auch nichts ändern.

SYRIZA wird aktuell von den Demoskopien mit Werten um die 23 Prozent auf dem zweiten Platz hinter der konservativen Nea Dimokratia (um die 35 Prozent) taxiert, die kommunistische KKE rangiert um 7 Prozent.

2017 hat die griechische Regierung die Wiedereinführung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und den Vorrang von Tarifverträgen vor betrieblichen Vereinbarungen beschlossen. Die Institutionen verlangten aber eine genauere Kontrolle der Repräsentativität der Tarifverträge. Die Unternehmen müssen jetzt die Zahl und die Löhne ihrer Beschäftigten zeitnah an die nationale Datenbank ERGANI melden. Das Arbeitsministerium prüft an Hand der Mitgliederliste der Arbeitgeberverbände, ob ein Tarifvertrag 50 Prozent der Beschäftigten abdeckt. Nur dann kann er für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Die von der sozialdemokratischen Pasok kontrollierten griechischen Gewerkschaften kritisieren zu Recht, dass die Tarifbindung in den letzten Jahren so stark abgenommen hat, dass diese Hürde heute kaum noch genommen werden kann. Das stimmt! Zur Wahrheit gehört leider aber auch, dass die aus dem Staatshaushalt finanzierten Gewerkschaftsapparate politisch nicht für die Stärkung der Tarifverträge eingetreten sind, sondern ihre Energien in Kampagnen gegen die Tsipras-Regierung verbrauchten.

Ob es mit den neuen Regelungen gelingt, nach dem Auslaufen des letzten Memorandums die Lohnungleichheit durch eine Erhöhung der Tarifbindung zu verringern, ist zweifelhaft. Die von den Institutionen und der griechischen Regierung 2016 berufene „Expertenkommission zur Reform des griechischen Arbeitsmarkts“, der ich angehörte, hat diese Situation vorausgesehen. Sie hat mit Mehrheit vorgeschlagen, dass man Tarifverträge auch bei einer geringeren Repräsentativität aus öffentlichem Interesse für allgemeinverbindlich erklären kann. Ein öffentliches Interesse läge beispielsweise bei einem überdurchschnittlichen Anteil von Niedriglohnbeschäftigten in einer Branche vor. Hier müsste deutlich nachkorrigiert werden.

Prof. Dr. Gerhard Bosch ist Arbeitsmarktexperte und Professor an der Universität Duisburg-Essen.

Kein Verrat, sondern verantwortliche Politik

Der Weg vom oppositionellen Wahlbündnis zur Regierungspartei hat seine Spuren hinterlassen. SYRIZA von 2018 ist nicht mehr SYRIZA von 2015. Das Scheitern der Regierung von Alexis Tsipras in der Eurogruppe scheint rückblickend unvermeidlich. Nach wie vor verstören jedoch die unerbittliche Härte, mit denen jeglicher Ausbruchversuch unterdrückt wurde, und die vollständige Ignoranz gegenüber den von griechischer Seite vorgebrachten Argumenten.

Politik ist aber kein Wunsch-Dir-Was. Das aufgezwungene Memorandum von 2015 war Ausdruck der Kräfteverhältnisse in Europa. SYRIZA musste daraus Konsequenzen ziehen. Für einen Grexit, also den angedrohten Rauswurf bzw. einen selbst veranlassten Ausstieg aus dem Euro, gab es weder einen überzeugenden Plan noch eine demokratische Legitimation. Die Neuwahlen gaben der neuen Regierung das Mandat für den Spießrutenlauf der letzten drei Jahre. Frustriert die Flinte ins Korn zu werfen, wäre damals ein leichtes gewesen. Sich der Aufgabe zu stellen, wie es Tsipras, Finanzminister Efklydis Tsakalotos und ihre griechischen Genossinnen und Genossen taten, verdient höchsten Respekt.

Die SYRIZA-Regierung musste in den vergangenen drei Jahren über 450 Einzelmaßnahmen aus den Auflagen der Gläubiger umsetzen. An eigenständige Vorhaben war aus Geld- und Zeitmangel kaum zu denken, auch wenn an der einen oder anderen Stelle linke Akzente gesetzt werden konnten. Umgesetzt wurden aber nicht nur Kürzungen und regressive Steuererhöhungen, sondern auch Maßnahmen für den Aufbau eines modernen Staats, die auch aus linker Sicht überfällig waren. Mit der Einigung im Namensstreit mit der mazedonischen Regierung konnte zudem ein jahrzehntelanger Nachbarschaftsstreit beendet werden. Der Einsatz war also nicht umsonst.

Mit dem Abschluss des laufenden Kreditprogramms ist Griechenland seinen Gläubigern noch längst nicht entronnen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Souveränität ist aber getan. SYRIZA kann nun mit einer detaillierten Wachstumsstrategie in den nächsten Wahlkampf ziehen. Nach und nach werden sich die Spielräume zur Verbesserung der sozialen Lage erhöhen. Ab sofort endet die Ära, in der jegliche Maßnahme bis ins Detail mit den Gläubigern abgestimmt werden muss.

SYRIZA hat versucht, aus schwierigsten Umständen das Beste zu machen. Ein tiefgreifender Wandel lässt sich nicht per Ordre de mufti beschließen. Argumente, Griechenland hätte sich mit einem Ausstieg aus dem Euro bessere Politikchancen verschafft, haben mich nie überzeugt. Entsprechende Pläne setzen Zugeständnisse der europäischen Partner voraus, die unrealistisch sind.

Innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen Kompromisse zu schließen, zugleich aber seinen langfristigen Zielen treu zu bleiben, ist ein schwieriger Spagat, den die Linkspartei hierzulande aus Regierungsbeteiligungen in den Ländern und auf kommunaler Ebene kennt. Unter begrenzten Spielräumen konkrete Politik zu machen, ist jedenfalls kein Verrat, sondern verantwortliche Politik.

Axel Troost ist Vizevorsitzender der Linkspartei und Senior Fellow für Wirtschafts- und Europapolitik bei der Rosa Luxemburg Stiftung.

Ist das Streikrecht gefährdet?

Wie berechtigt ist der Vorwurf, die Regierung Tsipras hätte auf Geheiß der Gläubiger das Streikrecht gekillt? Um die Frage zu beantworten, muss man den alten Artikel 8 des Arbeitsrechts unter die Lupe nehmen. Dabei stößt man auf eine der vielen Pathologien des gewerkschaftlichen Lebens in Griechenland.

Für einen Streikbeschluss war bislang die Anwesenheit von nur einem Drittel der eingeschriebenen Gewerkschaftsmitglieder erforderlich (die dann mehrheitlich zustimmen mussten). Wenn weniger als ein Drittel kamen, konnte eine zweite und noch eine weitere Versammlung einberufen werden. Beim dritten Anlauf reichte die Teilnahme von einem Fünftel der Mitglieder aus.

Man muss sich die Problematik einer solchen Beschlussfassung an einem Beispiel klar machen. Nehmen wir einen Kleinbetrieb mit 50 Beschäftigten (für griechische Verhältnisse fast schon ein mittelgroßes Unternehmen). Da der Organisationsgrad im privaten Sektor in der Regel deutlich unter 20 Prozent liegt, kann man von allenfalls zehn Gewerkschaftsmitgliedern ausgehen. Nach dem alten Gesetz konnte ein Streik von nur 20 Prozent der Mitglieder, also von zwei Personen beschlossen werden. Für die Mehrheit reichte sogar eine einzige Stimme aus, falls die zweite eine Enthaltung war.

Es liegt auf der Hand, dass ein Streikvotum, das auf solche Weise zustande kommt, eine Luftnummer ist. Ein derart „einstimmig“ beschlossener Streik wird nicht stattfinden. Wie viele der Gewerkschafter, die nicht für einen Streikbeschluss zu mobilisieren sind, werden den Arbeitskampf mittragen? Und wie viele der nicht-organisierten Beschäftigten werden mitmachen?

Man muss es klar sagen: Die Bestimmungen des alten Artikels 8 sind nur ein Symptom der organisatorischen Schwäche der griechischen Gewerkschaften, deren Führungskadern es vor allem um die symbolische Streikgymnastik geht. Und nicht um die Wirksamkeit eines Arbeitskampfes – geschweige denn um die Sympathie und Zustimmung für die Streikziele in der Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Gewerkschaften in Deutschland sich selbst eine Regel vorgeben, die für eine hinreichende Akzeptanz von Streikbeschlüssen sorgen soll: In den repräsentativen Beschlussgremien muss eine Mehrheit von 75 Prozent für einen Streik stimmen – und das bei einem Organisationsgrad, der deutlich höher liegt als in Griechenland.

Das zentrale Problem der griechischen Gewerkschaften ist nicht das Streikrecht, das durch den neuen Artikel 8 keineswegs eingeschränkt wird. Es ist vielmehr die fehlende Glaubwürdigkeit einer Verbandsbürokratie, die in der Vergangenheit von Kungeleien mit den jeweiligen Regierungen profitiert hat, ohne sich um die Stärkung

ihrer Präsenz an der Betriebsbasis und um ihre gesellschaftliche Glaubwürdigkeit zu kümmern.

Es ist also keineswegs verwunderlich, dass das „öffentliche Ansehen“ der Gewerkschaften gegen Null tendiert. Sie lagen bei allen Umfragen der letzten Jahre in der Rangliste der vertrauenswürdigsten Institution an letzter Stelle. Bei einer Umfrage von Kapa Research von Ende 2017 erklärten 94 Prozent der Befragten, sie hätten zu den gewerkschaftlichen Organisationen „wenig oder überhaupt kein Vertrauen“. Lediglich 5 (in Worten: fünf) Prozent zeigten „großes oder ziemliches Vertrauen“. Dieser Wert liegt noch deutlich niedriger als bei anderen unbeliebten Institutionen wie den politischen Parteien (7,5 Prozent), den Banken (12 Prozent), dem Parlament (14 Prozent) oder den staatlichen Unternehmen (18 Prozent).

Die griechischen Gewerkschaften haben sich offensichtlich daran gewöhnt, ihre Mobilisierungsschwäche durch lasche Kriterien für formelle Streikbeschlüsse zu kompensieren. Deshalb hat die SYRIZA-Arbeitsministerin Effi Achtsioglou zurecht darauf verwiesen, dass die „unerwünschte“ Gesetzesänderung einen positiven Effekt haben kann: Sie stellt die Gewerkschaften vor die Aufgabe, ihren Organisationsgrad zu verbessern und ihre tatsächliche – und nicht nur verbale – Schlagkraft zu erhöhen.

Das ist in Zeiten der Krise schwierig genug, da sich die Probleme der Arbeiterklasse auf eine ganz andere Ebene verschoben haben. Die nach wie vor dramatischen Arbeitslosenzahlen sind nur die sichtbare Seite der Katastrophe. Weitgehend unsichtbar bleibt, was sich hinter dem Anstieg der Beschäftigungszahlen verbirgt: Das dramatische Anwachsen eines Niedriglohnssektors auch bei fester oder voller Beschäftigung, begleitet von erpresserischen Praktiken der Arbeitgeberseite.

Niels Kadritzke ist Journalist, Soziologe und Autor. Er zählt zu den profiliertesten Griechenland-Kennern hierzulande. Der Text erschien auch auf seinem Blog bei der deutschen Ausgabe von „Le Monde diplomatique“.

„Mit der Neuregelung werde das verfassungsmäßige Streikrecht faktisch abgeschafft, beklagen die Gewerkschaften.“ So meldete es zu Beginn des Jahres 2018 die Deutsche Welle und traf damit den allgemeinen Tenor. Auch hierzulande sorgte die Nachricht für Aufmerksamkeit. „Die Regierung hatte erklärt, das Gesetz sei notwendig, damit das finanzschwache Land weiter Hilfen internationaler Geldgeber erhalte. Diese erwarten, dass weniger Streiks sich positiv auf die Produktivität in Griechenland auswirken.“

In Griechenland sind sowohl direkte Arbeitskampfmaßnahmen als auch Solidaritätsstreiks in der Verfassung (Artikel 23), im Zivilgesetzbuch, in dem Gesetz 1264 von 1982 und in der Rechtsprechung geregelt.

Über die genau Zahl der Arbeitsniederlegungen in den letzten Jahren gibt es nur wenige Daten. In Griechenland wird seit vielen Jahren keine Streikstatistik mehr geführt, heißt es bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Beim unternehmensnahen Institut der deutschen Wirtschaft in Köln wird für den Zeitraum 1990 bis 1998 von jahresdurchschnittlich 300 durch Streiks verlorenen Arbeitstagen je 1.000 Beschäftigte ausgegangen. Laut Zahlen der OECD lag diese Zahl im Zeitraum von 1970 bis 2001 in Griechenland sogar bei 578 Tagen – zum Vergleich: Für die Bundesrepublik werden hier 28 Ausfalltage je 1.000 Beschäftigte angegeben.

Das IW Köln erklärt die aus ihrer Sicht „ungünstige Position“ Griechenlands unter anderem damit, dass Streik dort ein Mittel politischen Protests sei. In einer Übersicht zeigt sich, dass die Anzahl der politischen Streiks infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008/2009 deutlich zugenommen hat. So habe es zwischen 2010 und Mai 2014 in den 15 Ländern, die vor der EU-Ost-Erweiterung bereits Mitglied in der EU waren, 38 politisch motivierte Generalstreiks gegeben – die Hälfte davon fand in Griechenland statt. Allerdings wird auch hier eingeräumt, dass die statistische Erfassung nicht immer zuverlässig und vollständig gewesen sei.



Das Europa der Mitgliedsstaaten:

- Jeder vierte Europäer*in ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.
- Bei jede/r/m Dreizehnten sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel eingeschränkt.
- Jeder zehnte Haushalt leidet unter sehr niedriger Erwerbsarbeit.
- In den Mittelmeeranrainerstaaten ist jeder dritte Jugendliche arbeitslos.
- Täglich sterben Menschen an den Grenzen Europas auf der Flucht vor Armut und Krieg.

Unsere Vorstellung eines sozialen Europa:

- Es gibt europaweit gültige Standards für Beschäftigten- und soziale Rechte.
- Die EU startet eine tatsächliche Investitionsoffensive für öffentliche Güter und Dienstleistungen, schafft so Arbeitsplätze und sichert ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden.
- Es werden EU-Steuerstandards vereinbart, um den ruinösen Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten zu beenden.
- Der EU-Haushalt wird deutlich vergrößert, um den Ausgleich zwischen den Regionen zu verbessern.
- In der EU als offene Gesellschaft gibt es ausreichend europäische legale Einwanderungsmöglichkeiten und die EU setzt das Recht auf Asyl nach der Genfer Konvention vollständig um.
- Die Europäischen Institutionen werden reformiert, um die Mitgliedstaaten zu entmachten und die Regionen und das Europäische Parlament als direkte Vertretung der Menschen in Europa zu stärken.

Thomas Händel:

„Für all das braucht es eine starke und geeinte Linke in Europa. Gemeinsam, mit dem Fokus auf den Bedürfnissen der Menschen, schaffen wir ein soziales und menschliches Europa.“